

Susanna Hofer

Ratternde Telexgeräte mit Lochstreifen, auch Fernschreiber genannt: Welche Revolution sich vor 50 Jahren anbahnte, das hätte sich wohl kaum vorstellen können, wer damals an einem dieser Geräte sass. Doch wenige Jahre später verbreitete sich das Faxgerät, und heute ist es für alle selbstverständlich, in Sekundenschnelle eine Mail zu schreiben und zu verschicken, im Wissen darum, dass der Empfänger diese sofort lesen kann. Der in der Ausstellung gezeigte Telex LO15C stammt von 1962 und war derjenige des deutschen Wetterdiensts, der den Piloten die Wetterinformationen als Textnachricht zustellte.

«Wir wollen mit der neuen Ausstellung auch Leute ansprechen, die glauben, sie hätten mit Technik nichts am Hut», so Felix Kunz, Initiator der Stiftung Enter. Er habe schon oft erlebt, dass sich auch Leute für das Museum begeistern, die vorher nicht interessiert waren. Viele Menschen würden in Büros arbeiten, daher sei das Museum nicht nur etwas für Nerds oder Autofans.

## Der traurige Grund für die Vitrinen

An der neuen Ausstellung habe man sechs Monate gearbeitet, und man sei immer noch damit befasst, sie zu ergänzen, erklärt er weiter. Man mache übrigens alles selbst, von A bis Z, da man eine Schreinerei und andere Werkstätten vor Ort hat. Wegen ein paar weniger unvernünftiger Besucher müsse man leider jetzt einige Objekte hinter Glas ausstellen.

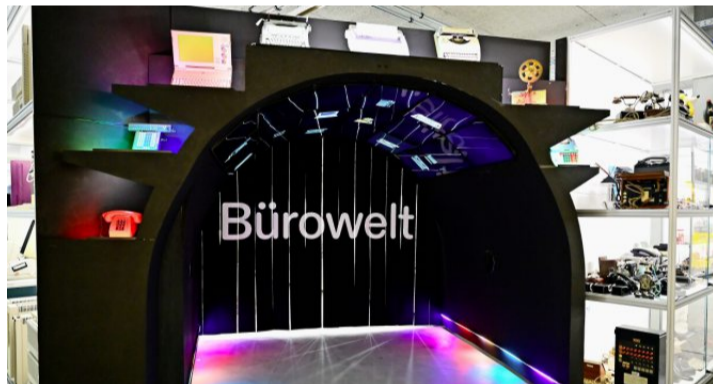
Die Ausstellung zeigt die Entwicklung der Büroarbeit anhand einer breiten Palette von Objekten, von denen einige geradezu antiquarisch anmuten, die aber insgesamt eine Ästhetik vermitteln, die man heute in vielen Büros schmerzlich vermisst.



Ein Büroarbeitsplatz aus den 1970er-Jahren samt Telexmaschine (links).  
Bilder: Oliver Menge

## Als im Büro noch der Telex ratterte

Die neue Dauerausstellung in der Enter Technikwelt zeigt, wie es im Büro des 19. und 20. Jahrhunderts zuging.



Der Eingang zur Ausstellung mit Bürogeräten aus der Vergangenheit.

In der Anfangszeit der Automatisierung um 1880 gab es Geräte mit so kryptischen Namen wie Abacus, Staffelwalzen oder Napierstäbe, deren Verwendung man sich heute nur noch schwer vorstellen kann. Bereits im 17. Jahrhundert wurden erste Rechenmaschinen erprobt. 1865 kam dann mit der «Schreibkugel» eine erste Schreibmaschine, erfunden vom Dänen Mailing Hansen. Das war ein Gerät mit 56 Tastenstösseln, auf dem

die Schreibende nicht sah, was sie schrieb. In der Ausstellung ist eine Rekonstruktion dieses Kunstwerkes zu sehen.

## Schluss mit Blindschreiben an der Schreibmaschine

Erst 1890 kam die erste Schreibmaschine mit Vorderanschlag auf den Markt, die die sofortige Korrektur des Geschriebenen ermöglichte. Es folgten Maschinen mit angebautem Elektromotor. Erste Elektronenrechner

tauchten um 1961 auf, und 1972 kam der erste Taschenrechner auf den Markt.

Die «Bürolistinnen» mussten damals noch gestylt und aufgeputzt erscheinen, wie Felix Kunz in seinem Referat zur Ausstellungseröffnung erläuterte. So waren High Heels an den Füßen der Fachkräfte nichts Ungewöhnliches, auch wenn es alles andere als bequem war, den ganzen Tag darin herumzugehen. Zwischen 1950 und 1980 war dann auch die Blütezeit des Grossraumbüros, mit dem sich viel Platz sparen liess.

## Vernetzung bringt eine neue Ästhetik

Doch die grosse Zeitenwende begann um 1985, als der erste Personal Computer die Gross-EDV ablöste. Programme wie Wordstar, Word, Lotus und oder Dbase automatisierten die Arbeit. Um 1995 begann die Vernetzung der Kommunikation über das Internet; die Bürolandschaften erstrahlten durch die Computerisierung in einer neuen Ästhetik. Um die Jahrtausendwende kam das mobile Büro auf, mit Laptop, Internet und Datenbanken, später dann auch das Home Office.

Man habe den Büroangestellten damals, als der PC aufkam, erst einmal die Angst vor dem Gerät nehmen müssen; zeigen, dass Fehler, anders als bei der Schreibmaschine, leicht ausgebügelt werden können, so Felix Kunz. Die Ausstellung zeigt auch Objekte wie alte Telefone, die noch ihren fixen Platz an einer Wand oder auf einem Pult hatten, dazu die Telefonbücher.

Oft werde gefragt, woher die Ausstellungsgegenstände stammen, erzählt der Museumsgründer. Das Museum bekomme heute sehr viel geschenkt, was man früher habe kaufen müssen. Längst nicht alle könne man ausstellen, deswegen veranstaltet man die Flohmärkte, sagt Felix Kunz.

# Kosten auf Gemeinden überwälzen oder sinnvolle Entflechtung?

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur kantonalen Abstimmung über die Alimentenhilfe.

Daniela Deck

Am 8. März stimmt die Solothurner Bevölkerung darüber ab, wer bei der Alimentenhilfe das Personal und die Büros bezahlen soll. Kostenpunkt: eine Million Franken pro Jahr. Bisher hat der Kanton diese Ausgaben bezahlt, obwohl die Alimentenhilfe eine Aufgabe der Einwohnergemeinden ist. Die Übertragung der Verwaltungskosten an die Gemeinden hat die Regierung im Rahmen des Massnahmenplans 2024 beschlossen.

## Worum geht es bei dieser Vorlage?

Für die Alimentenhilfe (Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe) sind im Kanton Solothurn die Einwohnergemeinden zuständig. Der Vollzug der Aufgabe (ausstehende Unterhaltsbeiträge bei zahlungspflichtigen Personen einfordern und Kinderalimente als Vorschuss zahlen) geschieht durch die Oberämter des Kantons. Die Einwohnergemeinden bezahlen heute alle anfallenden Kosten der Alimentenhilfe,

mit Ausnahme der Verwaltungskosten. Diese umfassen rund eine Million Franken pro Jahr und werden bisher vom Kanton bezahlt. Gemäss Massnahmenplan 2024 sollen die Gemeinden diese Verwaltungskosten übernehmen. Dafür ist eine Änderung des Sozialgesetzes nötig.

Weil die Zweidrittelmehrheit im Kantonsrat nicht erreicht wurde, untersteht die Gesetzesänderung dem obligatorischen Referendum.

## Wer sind die Befürworter, wer die Gegner?

Der Regierungsrat sowie eine Mehrheit des Kantonsrats (59 Stimmen) befürworten die Vorlage. 35 Kantonsräte sagten Nein (zwei Enthaltungen).

Die FDP, die GLP und die SP haben die Ja-Parole gefasst. Die Grünen, die Mitte und die SVP haben die Nein-Parole gefasst. Auch der Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) lehnt die Vorlage ab.

## Was sagen die Befürworterinnen?

Die Befürworter argumentieren erstens damit, dass die Stabilisierung der Kantonsfinanzen nur gelingt, wenn die einzelnen Punkte des Massnahmenplans umgesetzt werden. Diesem hat der Kantonsrat zugestimmt.

Zweitens diene die Massnahme der konsequenten Entflechtung der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden. Die bisherige Regelung der Finanzierung passt laut den Befürwortern nicht ins System. Dabei verweisen sie auf andere Gemeindeaufgaben wie die Ergänzungsleistungen und Pflegeleistungen, bei denen auch die Verwaltungskosten von den Gemeinden bezahlt werden.

## Was sagen die Gegnerinnen?

Auch die Gegner argumentieren zweigleisig, mit den Finanzen und fehlenden Mitspracherechten. Finanziell sprechen sie von einem Etikettenschwindel des Kantons. Statt um eine Einsparung, wie sie der Massnahmen-



Knapp eine Million Franken Verwaltungskosten stehen im Zusammenhang mit der Alimentenhilfe am 8. März zur Debatte. Bild: M. Hunziker

plan leisten soll, gehe es darum, Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen. Das schwäche die Gemeinden, die derzeit grösstenteils Budgets mit roten Zahlen vorlegen und teilweise die Steuern erhöht haben. Ausserdem erfordert die Verrechnung der Verwaltungskosten einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

Weiter wird bei der Mitsprache kritisiert, dass die Gemeinden für eine Einheit bezahlen sollen, deren Organisation sie nicht beeinflussen können. So können die Gemeinden zum Beispiel nicht bestimmen, nach welchen Regeln auf den Oberämtern gearbeitet wird und welches Personal dort angestellt wird.

## Wie handhaben es die Nachbarkantone?

In beiden Basel ist die Alimentenhilfe Aufgabe des Kantons. In Basel-Landschaft ist es das Kantonale Sozialamt, das die Fälle führt und die Verwaltungskosten zahlt. In Basel-Stadt ist das Amt für Sozialbeiträge zuständig, wobei die Leistungen den Gemeinden Riehen und Bettingen in Rechnung gestellt werden. Im Aargau ist die Alimentenhilfe Aufgabe der Gemeinden, diese bezahlen auch die Verwaltungskosten. Im Kanton Bern sind zwar auch die Gemeinden zuständig. Da sie Fallpauschalen im Lastenausgleich verrechnen können, ist die Alimentenhilfe in Bern eine Gemeinschaftsaufgabe von Kanton und Einwohnergemeinden.

## Was wäre bei einem Nein?

Dann bezahlt der Kanton weiterhin die Verwaltungskosten der Alimentenhilfe. Um das Ziel einer Stabilisierung der Kantonsfinanzen zu erreichen, muss anderswo gespart werden.